Aktionsbrief:

Hier deinen Namen eintragen

Hier deine Straße und Hausnummer

Hier PLZ und ORT

**EINSCHREIBEN**

Herr

# Mag. Roland Weißmann

Generaldirektor der Österreichischen Rundfunk- und Fernsehanstalten

Würzburggasse 30

1136 Wien

Göfis, am 22.03.2022

* **Beschwerde wegen Desinformation und grundgesetzwidriger Arbeitsweise**
* **Abmeldung von der GIS (Abmeldeschreiben an die GIS in Kopie als Beilage**

Sehr geehrter Herr Mag. Weißmann,

hiermit erhebe ich Beschwerde gegen die desinformative Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten in Österreich, wegen ihres kompletten Versagens bei der Kontrolle der staatlichen Gewalt und fehlender wahrhaftiger wie unvollständiger Unterrichtung der Öffentlichkeit, und wegen massiv zerstörerisch wirkender Tendenzen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung untergraben sowie wegen praktizierter Zensur.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten unterliegen dem Bundesverfassungsgesetz sowie dem ORF Gesetz. Sie gehören der Allgemeinheit. Durch die GIS - Gebührenordnung ist eine absolute Unabhängigkeit gewährleistet und möglich. Deshalb können sie in überparteilich betrieben und von jeder Beeinflussung freigehalten werden. Ihre gesetzliche Aufgabe ist, die Menschen in Österreich umfassend und wahrheitsmäßig zu informieren. Deshalb verlange ich von den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten, die hier vorgetragenen Mängel der Berichterstattung unverzüglich zu beheben, sich von der staatlichen Gewalt zu distanzieren, dies stattdessen jedoch zu kontrollieren, jegliche Hetze und das Schüren von Hass einzustellen und ab sofort als Teil der Daseinsvorsorge ihre rechtlichen Pflichten gegenüber der Gesellschaft mit einer neutralen und sachlichen Berichterstattung zu allen relevanten Themen für die Gesellschaft ohne Tabuisierung zu erfüllen.

Mit ihrer desinformativen Berichterstattung wirken die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten an der Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung mit. Statt die staatliche Gewalt zu kontrollieren, fungieren die öffentlich-rechtlichen Medien als Hofberichterstatter einer Politik, die selbst die Gesetze nicht mehr einhält. Freie Meinungsäußerung wird für kritische Journalisten unterbunden und es findet nachweislich eine Zensur statt, die nach Bundesverfassungsgesetz grundsätzlich verfassungswidrig ist.

Mit dieser Art von Berichterstattung verletzen die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten die gesetzmäßige Ordnung und das geltende Grund- Menschen- und Völkerrecht. Demokratie verlangt Rechtstreue. Sie haben der Gesellschaft damit enorme Schäden zugefügt und gefährden damit sowohl den sozialen als auch den äußeren Frieden.

**Ich erwarte Ihre Antwort und öffentliche Stellungnahme zu dieser Beschwerde innerhalb der nächsten 4 Wochen. Meine Beschwerde endspricht meiner persönlichen Wahrnehmung, es gilt für alle die Unschuldsvermutung.**

**Begründung der Beschwerde**

Die Pflicht der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ist es, eine Berichterstattung ohne Belehrung und Ideologie zu praktizieren, um für den demokratischen Prozess unersetzliches gesellschaftliches Miteinander zu fördern.Eine besondere Verantwortungsbeziehung haben sie gegenüber der Allgemeinheit**.** Sie sind verpflichtet, sich von der staatlichen Gewalt zu distanzieren und die Allgemeinheitumfassend und wahrheitsgemäßzu informieren. Dazu ist es notwendig, stets die Fakten zu nennen**:** kritische Berichte, Daten, Fakten, Auflistungen von Studien, Auflistungen der Einflüsse von Lobbyisten, Aufdeckung von Korruption, kein Betreiben von Hetze, keine Verbreitung von Hass und stets die Verteidigung der verfassungsmäßig garantierten Grund- Menschenrechte. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in ihrer Berichterstattung grundsätzlich der verfassungsmäßigen Ordnung und den Vorgaben des Völkerrechts verpflichtet. Der Verfassungsgerichtshof legt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten eine verfassungsrechtliche Pflicht zur medialen Grundversorgung auf. Durch die GIS - Gebührenfinanzierung soll die Staatsferne der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten gesichert werden.

**Siehe dazu Rechtsinformation der Österreichischen Rundfunk- und Fernsehanstalt** [Gesetzliche Rahmenbedingungen - der.ORF.at](https://der.orf.at/unternehmen/recht-grundlagen/gesetze/index.html)

Auch laut [Bundesverfassungsgesetz RUNDFUNK](https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000555)  und [ORF Gesetz](https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000785) müssen Berichterstattung und Informationssendungen umfassend, unabhängig und sachlich sein. Sie sind mit Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen. Die ureigene Aufgabe der Journalisten ist es, zu recherchieren und neutral zu informieren. Das Eintreten für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie ist die Hauptaufgabe der Medien. Laut Heinrich-Böll-Stiftung sind Öffentlich-Rechtliche Medien sogar Teil der Daseinsvorsorge für eine demokratische Gesellschaft. Öffentlich-rechtliche Anbieter haben die Aufgabe der Grundversorgung der gesamten Bevölkerung ohne Rücksicht auf Einschaltquoten. Das Konzept der Rundfunkfreiheit ist eine dem Bürger dienende Freiheit.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten erfüllen jedoch ihre rechtlich verpflichtenden Aufgaben durch die Verbreitung von Desinformationen, Tabuisierung von für die Allgemeinheit lebenswichtigen Themen nicht mehr im gesetzlichen Umfang und durch ihre Partei- und. Noch dazu betreiben sie öfters Hetze oder schüren Hass. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten in ihrer derzeitigen Form schon grundgesetz- und völkerrechtswidrige Institutionen sind, die dem Wohl der Allgemeinheit nicht mehr dienen. Unsere Gesellschaft hat das Recht auf einen gemeinwohlorientierten und wahrhaftigen Journalismus.

Die in der Folge zitierte Studie ist zwar für Deutschland erstellt worden, es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sich in Österreich die Situation in etwa gleich oder sogar aufgrund der vehementen politischen Interventionen noch gravierender darstellt.

Nach einer Studie der Vodafone-Stiftung sieht etwa drei Viertel der Experten als größte Gefahr bei der zunehmenden Verbreitung von Desinformationen in Deutschland die Polarisierung der Gesellschaft und die Radikalisierung Einzelner. **Der Großteil der Desinformation in Deutschland besteht nach Ansicht der Fachleute in verzerrten Darstellungen oder Behauptungen ohne Faktenbasis.** Es ist grundsätzlich bekannt, dass die Leitmedien eine große Rolle bei der Verstärkung der Reichweite von Falschnachrichten spielen. Das bestätigt auch die große Mehrheit der befragten Experten. Die Leitmedien spielen also eine Schlüsselrolle in der Gesellschaft. Dieser verantwortungsvollen Aufgabe werden sie jedoch nicht gerecht. (Quelle: <https://www.vodafone-stiftung.de/expertenbefragung-desinformation-wahl-gesellschaft/> ).

[Hier](https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2021/07/Studie_Vodafone-Stiftung_Desinformation-Expertenbefragung.pdf) können sie die Sie die komplette Studie herunter laden.

Neben den Falschinformationen tragen die klassischen Medien mit diffamierenden Begriffen maßgeblich zur Spaltung der Gesellschaft bei. Diffamierung verschiedener Gruppierungen unserer Gesellschaft wegen abweichender Meinungen trotz wohlbegründeter Kritik sowie auf Angst und Panik abzielende Berichterstattung sind regelmäßig an der Tagesordnung in den Berichterstattungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Diese Praxis ist mit den allgemein anerkannten Ethikrichtlinien grundsätzlich nicht vereinbar. Das Ergebnis einer zehnjährigen Forschungsarbeit "Deutsche Zustände" unter der Führung Prof. Wilhelm Heitmeyers von der Universität Bielefeld ist, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderfällt. 90 Prozent fürchten sozialen Abstieg und Armut. Die Polarisierung und die soziale Spaltung der Gesellschaft nehmen zu. Die Rundfunk- und Fernsehanstalten fördern mit ihrer Berichterstattung diese negative Entwicklung, statt zu versuchen, in der Gesellschaft Brücken zu bauen.

**WIR HABEN INZWISCHEN ZUSTÄNDE, DIE KEIN GEMEINWESEN AUF DAUER AUSHÄLT.**

Das Funktionieren einer Demokratie, in der alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht ( [Art. 1 Bundesverfassungsgesetz](https://www.jusline.at/gesetz/b-vg) ) setzt voraus, dass die Bevölkerung über die Informationen verfügt, die sie benötigt, um sich auf rationale Weise eine eigene Meinung zu allen politischen Fragen zu bilden und Fehlentwicklungen entgegentreten zu können. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten sollten gegenüber den Machthabern eine Kontrollfunktion ausüben, indem sie auch solche Informationen verbreiten, die jene gern geheim gehalten hätten, und sie sollten zu diesen Informationen kritisch Stellung nehmen. Auf Grund dieser Kontrollfunktion werden die Medien generell auch als "Wachhunde" der Demokratie oder als "Vierte Gewalt" Diese Kontrollfunktion erfüllen die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nicht mehr. Wenn vereinzelt über einige schädliche Vorgänge berichtet wird, bedeutet das nicht, dass die Rundfunk- und Fernsehanstalten generell ihre Aufgabe erfüllen und die Öffentlichkeit umfassend aufklären, was ihre Pflicht wäre. Folgende Schäden wurden unserer Gesellschaft durch die fehlende Kontrolle der öffentlichen Gewalt in den letzten Jahren zugefügt:

**1.** Über die Folgen der verschiedenen schon abgeschlossenen Freihandelsabkommen wie CETA (EU-Kanada), JEFTA (EU-Japan) und EUSFTA (EU-Singapur) wird überhaupt nicht berichtet. Durch diese Abkommen hat jedoch ein Identitätswechsel bzw. ein Systemwechsel stattgefunden. Das bedeutet, dass das demokratische System mitsamt Grundgesetz preisgegeben wurde. Die Entscheidungsgewalt wurde einfach nur durch einen EU-Ratsbeschluss auf demokratisch nicht legitimierte Handelsausschüsse

 übertragen (s. anhängige Verfassungsbeschwerden gegen CETA und EUSFTA z. B. <https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Stop_EU-only/2019-05-16_Verfassungsbeschwerde_Schriftsatz.pdf>). Die JEFTA-, EUSFTA- und CETA-Ausschüsse sind die Quelle erheblicher und zugleich nicht vom Volk ausgehender, mit dem Demokratieprinzip somit nicht zu vereinbarender staatlicher Gewalt, da die Ausschussentscheidungen völkerrechtlich, aber auch nach EU-Recht, unmittelbar verbindlich sind. Eine wirksame parlamentarische Kontrolle der Ausschussentscheidungen ist nicht möglich. Die gefassten Beschlüsse können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Der Öffentlichkeit werden wesentliche Informationen über die Arbeit der Ausschüsse vorenthalten. Laut Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts darf ein Identitätswechsel ohne die Zustimmung der Wahlberechtigten nicht stattfinden (s. s. BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 30. Juni 2009 - 2 BvE 2/08 -, Rn. 228). **Die Beseitigung des demokratischen Systems zu Gunsten der Konzerne ist ein eklatanter Verfassungsbruch. Da die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten über diese Vorgänge schweigen, tragen sie Mitschuld an der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung. Da es sich hier um EU Recht handelt, wirkt sich das auf jedes EU Mitgliedsland gleichlautend aus.**

**2.** Die Fehlentwicklungen der letzten 20 Jahre haben eine Vielzahl von Existenzen zerstört und viele zusätzliche Gesundheitsschäden verursacht. Sie werden sogar weitere Existenzen zerstören. Gleichzeitig konnten Milliardäre laut einer Studie von "[Institute for Policy Studies](https://ips-dc.org/report-taxing-extreme-wealth/)" ihr Vermögen in den letzten zwei Jahren um mehr als 50 Prozent steigern. Die Milliardäre besitzen jetzt die unvorstellbare Summe von 12,39 Billionen Dollar (s. Handelsblatt). Das Leid vieler Menschen hat sich in der gegenwärtig anhaltenden Krise nicht nur psychisch, sondern auch finanziell enorm verschärft.

Die Hungersnot explodiert auf der ganzen Welt. **Diese unmenschlichen Entwicklungen werden von den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten nur vereinzelt und selten thematisiert, auf die eigentlichen Ursachen und Zusammenhänge wird dabei kaum eingegangen.**

**Da die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten aber zur Daseinsvorsorge gehören, sind sie gerade verpflichtet, sich für die Menschenrechte und die Werte der Demokratie einzusetzen.**

**3.** Während der Corona-Krise kam es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Es wurde nur vereinzelt darüber berichtet, wodurch die Öffentlichkeit nie richtig aufgeklärt wurde.

**Diese enormen Rechtsverletzungen wurden von den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten für die breite Öffentlichkeit nie thematisiert, obwohl dadurch viele Existenzen zerstört und ganze Branchen ruiniert wurden.**

 **4.** Die permanente Verletzung der Rechte von Millionen von Kindern und Jugendlichen seit März 2020 wird von der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten überhaupt nicht thematisiert, obwohl das schon 2020 von der UN angeprangert wurde (s. [UKE - Child Public Health - COPSY-Studie](https://www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html)). Die Kinder und Jugendlichen haben schwer unter der Corona-Politik und der ständigen Krisenkommunikation gelitten. Ihnen wurden mittlerweile über zwei Jahre ihrer Kindheit genommen, und ein Ende ist nicht abzusehen Kinder- und Jugendpsychiatrien berichten inzwischen über einen Patientenanstieg von bis zu 500 Prozent in den vergangenen beiden Jahren.

Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen wird in unserem Land durch die repressiven Corona-Maßnahmen an massiven irreversiblen psychosozialen Spät- und Langzeitfolgen erkranken bzw. ist schon erkrankt. Eine ganze Generation wird zurzeit traumatisiert. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten schweigen zu diesen hochgradigen Menschenrechtsverletzungen und lassen
dem politischen Handeln freien Lauf.

**Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten als Kontrollorgane sind verpflichtet, sofort tätig zu werden und das Leid von Millionen von Kindern unverzüglich publik zu machen.**

**5.** Während der Pandemiezeit haben die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten bei der Kontrolle der Politik komplett versagt. Sie haben nie die richtigen Zahlen, Daten und Fakten und z.B. notwendige Kohorten Studien zur Pandemie eingefordert, die nötig sind um evidenzbasiert zu handeln. Die Datenqualität in Österreich ist allgemein bekannt als „**einzige Katastrophe**“. Echte wissenschaftliche und evidenzbasierte Grundlagen zu den verordneten Maßnahmen der Politik haben die Leitmedien auch nie eingefordert, obwohl viele anerkannte Experten die Unwissenschaftlichkeit der Vorgehensweise bestätigt haben, ja im Gegenteil, diese Experten wurden sogar öffentlich diffamiert: „Es gibt in dem Ganzen auch politische Grundentscheidungen, die haben mit Wissenschaft nichts zu tun.“ Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten kontrollieren die Handlungen der staatlichen Gewalt nicht mehr, obwohl das zu ihren Pflichten gehört.

**Dafür tolerieren sie die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen, wodurch zahlreiche Existenzen zerstört werden.** **Die öffentlich-rechtlichen Medien sind verpflichtet, unverzüglich die Grundrechte zu verteidigen.**

**6.** Es gibt mehrere wichtige Themen, die von den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten willkürlich tabuisiert oder kaum behandelt werden, obwohl sie für die Gesellschaft existentielle Bedeutung haben. Das sind sämtliche Inhalte und Folgen der Freihandelsabkommen ohne Ausnahme, die Privatisierungen im Gesundheitssystem, laufender Bettenabbau, laufende Krankhausschließungen, weitere Privatisierungen der Daseinsvorsorge wie z. B. Rentenmarkt, Wasserversorgung, Verkehrs- und Bildungswesen etc., die totale Kommerzialisierung der Natur (d.h. die Verwandlung der Natur und aller natürlichen Vorgänge in eine Ware) durch die Gründung von Natural Asset Company (NAC), Impfschäden und die Forderung ihrer Aufklärung durch das staatliche Impfgremium und die Ärzteschaft, die Auflistung der Kollateralschäden der Regierungsmaßnahmen während der Pandemie, die fortschreitende Zerstörung des Mittelstands, stets einseitige Berichterstattung bei Konfliktsituationen usw. usw..

**Fazit:**

Obwohl die Liste der Vorkommnisse nicht vollständig ist, lässt sich feststellen, dass wir mit einem totalen Versagen der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten als wichtigste Kontrollorgane staatlichen Handelns mit fatalen Folgen für alle lebenswichtigen Bereiche einer demokratischen Gesellschaft zu tun haben. **Es ist an der Zeit, dass die öffentlich-rechtlichen Medien ihre Aufgabe als wichtigste Kontrollorgane der staatlichen Gewalt erfüllen und mit einer sachlichen, unabhängigen, wahrhaftigen und umfassenden Berichterstattung den Weg zu einer humanen demokratischen Gesellschaft ebnen.**

Mit freundlichen Grüßen

(DEINE UNTERSCHRIFT)